

Newsletter #40 vom 22.4.2022

Русский перевод приводится ниже.

Herzlich willkommen in Deutschland.

Mit diesem Newsletter möchten wir Menschen Informationen bieten, die in Folge des Krieges in der Ukraine im Kreis Lippe, Deutschland, Zuflucht gefunden haben und deren Angehörige, bzw. Menschen, welche die Betroffenen unterstützen. Wir werden hier regelmäßig berichten, was es an neuen Informationen gibt und was zu beachten ist. Dabei konzentrieren wir uns auf rechtliche Fragen, insbesondere zum Thema Aufenthalt, Arbeit und Soziales.

Früherer Newsletter

Wenn Sie etwas in diesem Newsletter nicht verstehen, macht es Sinn, zuerst einer der alten Newsletter zu lesen, da dort einiges erklärt wird, was wir hier nicht wiederholen. Die alten Newsletter finden Sie auf den folgenden Internetseite:

<https://www.diakonie-lippe.de/10197-0-58>



Newsletter

Der Newsletter wird seine Erscheinungsweise ändern. Er wird ab nächster Woche dreimal pro Woche erscheinen.

Klagen gegen Sozialämter

Wie in der Vergangenheit berichtet, sind viele Sozialämter aktuell überlastet. Dies führt zu vielen Fehlern und letztendlich kann es dazu führen, dass man das Geld nicht, nicht ausreichend oder nicht rechtzeitig erhält. Wie sollte man dann vorgehen?

Die deutsche Verfassung hat einen Kernsatz, der folgende Aussage enthält: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Hieraus lassen sich alle weiteren Handlungen des Staates ableiten. Unter anderem sorgt dieser Satz dafür, dass alle Menschen in Deutschland ein Recht darauf haben, ausreichend versorgt zu werden. Dazu gehört nicht nur eine Versorgung mit dem Allernotwendigsten, wie z.B. Brot, Bett, Seife, sondern auch ein angemessener, wenn auch kleiner Teil zur Lebensgestaltung. Diesen Satz nennt man das „Soziokulturelle Existenzminimum“. Er soll ein Leben in Würde ermöglichen. Daher hat jeder Mensch in Deutschland ein Recht darauf, zumindest diesen Satz zu erhalten. Man muss wegen diesem Geld also nicht „betteln“, sondern es ist eine Garantie aus der Verfassung. Auf der Gegenseite erwartet der Staat aber, dass die Betroffenen alles unternehmen, um dieses Geld nicht erhalten zu müssen. In erster Linie, dass sie bereit sind, arbeiten zu gehen, soweit dies möglich ist.

Grundsätzlich haben die Sozialämter Bescheide zu erstellen. Bescheide sind schriftliche Mitteilungen, in denen festgehalten wird, wie viel Geld man erhält. Oft sind diese Briefe für Laien nicht oder nur schwer verständlich. Haben Sie das Gefühl, dass etwas nicht stimmt, geben sie diesen Brief an eine Beratungsstelle weiter. Diese kann innerhalb weniger Minuten prüfen, ob die Höhe des Geldbetrages korrekt ist. Wegen des großen Andrangs haben einige Behörden im März und April keine Bescheide ausgestellt. Achten Sie aber darauf, dass sie spätestens Anfang Mai einen solchen Bescheid erhalten.

Aktuell wird geflüchteten Menschen aus der Ukraine das Geld entweder auf ein deutsches Bankkonto ausgezahlt oder sie erhalten einen Scheck, den man bei einer Bank in Bargeld einlösen kann. Das Geld muss Sie so rechtzeitig erreichen, dass Sie es spätestens am ersten des Monats haben. Das Geld wird also immer im Voraus gezahlt.

Die Beratungsstellen beobachten, dass das in vielen Fällen auch funktioniert, aber eben nicht in allen Fällen. Warum es mal gutgeht und mal nicht, lässt sich nicht immer einschätzen. Allerdings ist es oft so, dass wenn erstmal etwas schief läuft, es oft weiter zu Komplikationen kommt. Auch hier ist unklar, warum dies so ist. Es kann nur vermutet werden, dass diese Fälle dann aus dem normalen Ablauf herausfallen und dann die Zeit in den Behörden zu einer geordneten Abarbeitung fehlt.

Die Flüchtlingshilfe Lippe e.V. empfiehlt folgendes Vorgehen:

Grundsätzlich sollen alle Anträge schriftlich gestellt werden. Wenn möglich, per Fax und Post oder per Einwurfeinschreiben. Eine Zusendung per Mail ist nicht rechtssicher. Zusätzlich sollte auch ein persönlicher Kontakt zum Sozialamt aufgenommen werden. Da aber dieser oft nicht rechtssicher nachgewiesen werden kann, sollte auf den schriftlichen Antrag nicht verzichtet werden.

Damit die Anschreiben nicht liegen gelassen werden, sollte um eine Beantwortung innerhalb einer bestimmten Frist gebeten werden. Die Sozialämter sind gesetzlich verpflichtet, jeden Antrag „zügig“ zu beantworten. Wegen des aktuell großen Andrangs sollte bei Erstanträgen eine großzügige Frist von einer Woche gesetzt werden. Bei Folgeschreiben sind drei bis fünf Tage ausreichend. Sollten Sie den Antrag nur per Post schicken, rechnen Sie noch zwei bis drei Tage Postlaufzeit darauf. Sollte das Sozialamt hierauf nicht antworten, sollte man an sein Anliegen erinnern. Dies mit einer kürzeren Frist.

Wenn das Sozialamt dann noch immer nicht reagiert hat, wird es wahrscheinlich ein größeres Problem innerhalb des Sozialamtes geben. Die Praxis zeigt, dass dann viele Sozialämter nicht mehr reagieren oder größere Fehler machen. Es ist etwas vollkommen Normales, dann zum Sozialgericht zu gehen. Dort stellt man eine Klage und einen Eilantrag. Wer das nicht selbst kann - und das wird bei vielen Betroffenen der Fall sein, da der Brief, den man da schreibt, etwas komplizierter ist - hat drei Möglichkeiten:

1. Der Gang zu einer Beratungsstelle. Diese wird bei der Formulierung des Briefes an das Gericht helfen. Der Vorteil ist, dass man hierfür nichts bezahlen muss. Der Nachteil ist, dass man den Brief an das Gericht selbst unterschreiben muss.
2. Auch ist es möglich, einen Anwalt einzuschalten, der dann alle Briefe schreibt. Oft ist es so, dass man Prozesskostenhilfe vom Gericht erhält, bis diese jedoch bewilligt wird, muss man oft Vorkasse beim Anwalt bezahlen. Es kann also etwas Geld kosten. Der Vorteil ist, dass man sich um nichts weiter kümmern muss.
3. Betroffenen können sich auch direkt an das Sozialgericht wenden. Dort sind die Mitarbeitenden bereit, bei der Formulierung der entsprechenden Briefe zu helfen. Dies ist kostenlos, allerdings muss man sich um alle weiteren Schritte selber kümmern.

Das Verfahren bei dem Sozialgericht ist kostenlos. Alle Briefe müssen aber immer im Original und in Kopie eingereicht werden.

Hat man eine Klage und einen Eilantrag gestellt, bekommt man innerhalb weniger Tage eine Eingangsbestätigung. Das Sozialamt wird ebenfalls informiert. Die Flüchtlingshilfe Lippe hat bereits mehrere Menschen aus der Ukraine bei der Stellung einer solchen Klage und Eilantrages unterstützt. In der Praxis ist es dann so weitergelaufen, dass das Sozialamt sich des Falls noch einmal angenommen hat und dann die gewünschte Entscheidung getroffen hat. In dem Fall muss man noch einmal einen Brief an das Sozialgericht schreiben und die Sache für erledigt erklären. Sollte das Sozialamt jedoch nichts unternehmen, wird das Sozialgericht innerhalb weniger Tage eine Entscheidung treffen.

Der vorangegangene Weg gilt in der Regel für Menschen, die kein Geld erhalten haben. Haben Sie jedoch Geld erhalten und dazu noch einen Bescheid vom Sozialamt, ist in der Regel ein Widerspruch zu schreiben. Das ist ein Brief an die Behörde, in dem man die Gründe schreibt, warum man davon ausgeht, dass zu wenig Geld ausgezahlt wurde. Wenn Sie diesen Widerspruch nicht selber schreiben können, gehen Sie zu einer Beratungsstelle, die Ihnen weiterhilft.

Sie haben in der Regel einen Monat Zeit, um einen Widerspruch zu schreiben. Sollte der Zeitraum, in dem sie nicht das richtige Geld erhalten haben, länger her sein, gibt es aber auch da noch Möglichkeiten. So haben Betroffene immer bis zum Ende des nächsten Jahres Zeit, etwas gegen falsche Bescheide des Sozialamtes zu unternehmen.

Übrigens: Sollten Sie zu viel Geld bekommen haben, sollten Sie sich auch beraten lassen. Es kann sein, dass das Sozialamt das Geld später zurückhaben will.

Termine

26.04.2022 um 19:30: ONLINE Austausch und Vernetzungstreffen der Gastfamilien und des Ehrenamtes. Den entsprechenden Zoom-Link erhalten Sie, wenn Sie eine E-Mail mit Ihrer Anschrift an ukraine@fh-l.org schicken.

Hotline

Sie haben Fragen zu Ihrem Aufenthalt? Zum Sozialgeld? Zu anderen rechtlichen Fragen? Die Flüchtlingshilfe Lippe e.V. ist eine Beratungsstelle, die unabhängig von den deutschen Behörden ist. Sie müssen also keine Angst haben, dass Ihre Fragen die deutschen Behörden erreicht. Das Angebot ist dazu noch kostenlos.

Sie erreichen uns

Montags von 11:00 - 12:00 Uhr, mittwochs von 9:00 - 10:00 Uhr und freitags von 11:00 - 12:00 Uhr unter der Telefonnummer 0151 - 41 98 87 66. Gerne können Sie uns auch eine E-Mail schreiben: ukraine@fh-l.org. Für den Erhalt unseres Newsletters melden Sie sich hier an: <https://www.diakonie-lippe.de/10197-0-58>.



Wichtig!

Es kann sein, dass die Informationen, die wir Ihnen hier geben, morgen bereits veraltet sind. Bitte lesen Sie daher regelmäßig unseren Newsletter.

Информационный бюллетень #40 от 22.4.2022

Добро пожаловать в Германию.

Этим бюллетенем мы хотели бы предложить информацию людям, которые нашли убежище в районе Липпе, Германия, в результате войны в Украине, а также их родственникам или людям, которые поддерживают пострадавших. Мы будем регулярно сообщать здесь о том, какая новая информация появилась и что необходимо принять во внимание. Мы сосредоточимся на юридических вопросах, особенно на вопросах проживания, работы и социальных вопросах.

Предыдущая рассылка

Если вам что-то непонятно в этом бюллетене, имеет смысл сначала прочитать один из старых бюллетеней, так как там объясняются некоторые вещи, которые мы не повторяем здесь. Вы можете найти старые информационные бюллетени на сайте:

<https://www.diakonie-lippe.de/10197-0-58>



Информационный бюллетень

Бюллетень изменит периодичность публикации. Он будет выходить три раза в неделю со следующей недели.

Судебные иски против органов социального обеспечения

Как сообщалось ранее, многие управления социального обеспечения в настоящее время перегружены. Это приводит к многочисленным ошибкам и в конечном итоге может привести к тому, что деньги не будут получены, их будет недостаточно или они не будут получены вовремя. Как следует поступать в таком случае?

В конституции Германии есть основное предложение, которое содержит следующее утверждение: "Человеческое достоинство неприкосновенно". Из этого можно вывести все дальнейшие действия государства. Среди прочего, это предложение гарантирует, что все люди в Германии имеют право на адекватное обеспечение. Это включает в себя не только снабжение самым необходимым, таким как хлеб, постель, мыло, но и адекватную, пусть и небольшую, долю в организации жизни. Это называется "социально-культурным прожиточным минимумом". Его цель - дать людям возможность жить достойно. Поэтому каждый человек в Германии имеет право на получение хотя бы этой ставки. Поэтому вам не нужно "выпрашивать" эти деньги; это гарантия конституции. С другой стороны, государство ожидает, что пострадавшие сделают все возможное, чтобы избежать необходимости получать эти деньги. Прежде всего, чтобы они были готовы ходить на работу, насколько это возможно.

В принципе, отделы социального обеспечения должны выдавать уведомления. Извещения - это письменные сообщения, в которых указывается, сколько денег получает человек. Эти письма часто трудно или невозможно понять неспециалистам. Если у вас есть ощущение, что что-то не так, передайте письмо в консультационный центр. Они могут в течение нескольких минут проверить, правильно ли указана сумма денег. Из-за спешки некоторые органы власти не выпустили уведомления в марте и апреле. Однако убедитесь, что вы получите такое уведомление не позднее начала мая.

В настоящее время беженцам из Украины либо перечисляют деньги на счет в немецком банке, либо выдают чек, который можно обналичить в банке. Деньги должны поступить к вам вовремя, чтобы вы получили их не позднее первого числа месяца. Поэтому деньги всегда выплачиваются заранее.

По наблюдениям консультационных центров, это работает во многих случаях, но не во всех. Почему это иногда работает, а иногда нет, не всегда можно оценить. Однако часто бывает так, что как только что-то идет не так, осложнения продолжают возникать. Здесь также неясно, почему это так. Можно только предположить, что эти дела выпадают из нормального процесса, и у властей не хватает времени на их упорядоченное рассмотрение.

Flüchtlingshilfe Lippe e.V. рекомендует следующую процедуру:

В принципе, все заявления должны подаваться в письменном виде. Если возможно, по факсу и почте или заказным письмом. Отправка их по электронной почте не является юридически безопасной. Кроме того, необходимо установить личный контакт с отделом социального обеспечения. Однако, поскольку зачастую невозможно доказать это юридически надежным способом, не следует отказываться от письменного заявления.

Для того чтобы письма не лежали без дела, необходимо запросить ответ в течение определенного периода времени. По закону органы социального обеспечения обязаны "быстро" отвечать на каждое заявление. В связи с большим количеством заявок, для первоначальных заявок следует установить щедрый срок в одну неделю. Для последующих писем достаточно трех-пяти дней. Если вы отправляете заявление только по почте, учитывайте еще два-три дня на доставку. Если отдел социального обеспечения не отвечает на это, вы должны напомнить им о своем запросе. Сделайте это в более сжатые сроки.

Если отдел социального обеспечения до сих пор не ответил, то, скорее всего, в отделе социального обеспечения существует серьезная проблема. Практика показывает, что многие органы социального обеспечения в этом случае перестают отвечать или допускают серьезные ошибки. Это совершенно нормально - обратиться в социальный суд. Там вы подаете жалобу и срочное заявление. Если вы не можете сделать это самостоятельно - а так будет для многих пострадавших, поскольку письмо, которое вы пишете, несколько сложнее, - у вас есть три варианта:

1. Обратиться в консультационный центр. Они помогут с формулировкой письма в суд. Преимущество в том, что вам не нужно ничего платить. Недостатком является то, что вы должны сами подписать письмо в суд.
2. Можно поручить адвокату написать все письма. Часто бывает так, что вы получаете юридическую помощь от суда, но пока она не предоставлена, вам часто приходится платить адвокату авансом. Так что это может стоить немного денег. Преимущество в том, что вам не нужно беспокоиться ни о чем другом.

3. Пострадавшие также могут обратиться непосредственно в социальный суд. Сотрудники готовы помочь с формулировкой соответствующих писем. Это бесплатно, но все дальнейшие действия вы должны предпринять самостоятельно.

Процедура в социальном суде является бесплатной. Однако все письма всегда должны быть представлены в оригинале и в виде копии.

Если вы подали жалобу и срочное заявление, вы получите подтверждение о получении в течение нескольких дней. Также информируется управление социального обеспечения. Flüchtlingshilfe Lippe уже оказала поддержку нескольким людям из Украины в подаче такой жалобы и срочного заявления. На практике случалось так, что управление социальной защиты снова брало дело на контроль, а затем принимало нужное решение. В этом случае вы должны написать еще одно письмо в социальный суд и заявить, что дело закрыто. Однако, если Управление социального обеспечения не предпримет никаких действий, социальный суд примет решение в течение нескольких дней.

Предыдущий способ обычно применяется к людям, которые не получили никаких денег. Однако если вы получили деньги, а также решение от управления социального обеспечения, то обычно приходится писать возражение. Это письмо в орган власти, в котором вы излагаете причины, по которым вы считаете, что было выплачено слишком мало денег. Если вы не можете написать это возражение самостоятельно, обратитесь в консультационный центр, где вам помогут.

Обычно у вас есть один месяц, чтобы написать возражение. Если период, в течение которого вы не получали нужные деньги, был более давним, все еще существуют возможности. У пострадавших всегда есть время до конца следующего года, чтобы что-то предпринять в связи с некорректными уведомлениями из Управления социального обеспечения.

Кстати: Если вы получили слишком много денег, вам также следует обратиться за советом. Может случиться так, что служба социального обеспечения захочет вернуть деньги позже.

Даты

26.04.2022 в 19:30: ONLINE обмен и встреча принимающих семей и волонтеров. Вы получите соответствующую ссылку на Zoom, когда отправите письмо с вашим адресом по адресу ukraine@fh-l.org

Горячая линия

У вас есть вопросы по поводу вашего пребывания? О социальных льготах? О других юридических вопросах? Flüchtlingshilfe Lippe e.V. - это независимый от немецких властей консультационный центр. Поэтому вы можете не бояться, что ваши вопросы дойдут до немецких властей. Услуга также предоставляется бесплатно.

Вы можете связаться с нами

По понедельникам с 11:00 до 12:00, по средам с 9:00 до 10:00 и по пятницам с 11:00 до 12:00 по телефону 0151 - 41 98 87 66. Вы также можете написать нам по электронной почте: ukraine@fh-l.org. Чтобы получать нашу рассылку, подпишитесь здесь: <https://www.diakonie-lippe.de/10197-0-58>.



Важно!

Возможно, что информация, которую мы вам здесь предоставим, завтра уже будет неактуальной. Поэтому, пожалуйста, регулярно читайте наш информационный бюллетень.

V.i.S.d.P.: Frank Gockel, Flüchtlingshilfe Lippe e.V., Lemgoer Str.2, 32756 Detmold